

DAS OBLIGATIONENRECHT

Bundesgesetz

betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches
vom 30. März 1911

und

Bundesgesetz

über die Revision der Titel XXIV bis XXXIII des Obligationenrechtes
vom 18. Dezember 1936

5. Teil:

Die Aktiengesellschaft

b/2: Art. 698—738

kommentiert von

Dr. F. Wolfhart Bürgi

Professor an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts-
und Sozialwissenschaften

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen

XII

DRITTER ABSCHNITT

Organisation der Aktiengesellschaft (Art. 698—731)

Vorbemerkungen

	Art.	Seite
I. Allgemeine Bemerkungen über die Organisation der AG — — — —		435
II. Begriff und Wesen des Organs nach schweizerischem Recht .		437
III. Das gegenseitige Verhältnis von Generalversammlung und Verwaltung		442
IV. Die wohlerworbenen Rechte des Aktionärs, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der richterlichen Interessenabwägung		445
V. Die Grenzen des Schutzes der wohlerworbenen Rechte auf Grund der richterlichen Interessenabwägung		450
VI. Die grundsätzliche Bedeutung der Bundesgerichtspraxis nach dem Maßstab der Interessenabwägung		452
A. Die Generalversammlung		
1. Befugnisse	698	454
I. Allgemeine Grundlagen		457
II. Die Organisation der Generalversammlung		459
III. Die Kompetenzen der Generalversammlung gemäß Ziff. 1—5		463
2. Einberufung		480
1. Recht und Pflicht	699	480
I. Die grundsätzliche Bedeutung der Einberufung von Generalversammlungen	— — —	481
II. Die Zuständigkeit für die Einberufung		482
III. Ort und Zeit der Generalversammlung		486
2. Form	700	488
I. Allgemeine Grundlagen der Bestimmungen von Art. 700 — — — —		489
II. Die gesetzlichen und statutarischen Vorschriften für eine gesetzmäßige Einberufung der Generalversammlung		489
III. Die Bekanntgabe der Traktandenliste		491
IV. Anträge auf Abänderung der Statuten		492

	Art.	Seite
V. Die rechtlichen Folgen der Nichtbeachtung der Formvorschriften von Art. 700 Abs. 1 und 2		493
VI. Die Antragsstellung und die bloße Verhandlung über nicht angekündigte Traktanden		493
3. Universalversammlung	701	494
I. Wesen und Zuständigkeit der Universalversammlung		494
II. Die gesetzlichen Voraussetzungen und die Grenzen der Zuständigkeit für die Universalversammlung		495
III. Der Widerspruch des Aktionärs gemäß Abs. 1		496
IV. Änderung oder Ergänzung der schriftlich angemeldeten Traktanden während der Versammlung		497
3. Vorbereitende Maßnahmen. Protokoll	702	498
I. Allgemeine Vorbemerkungen		499
II. Die vorbereitenden Maßnahmen gemäß Abs. 1 im einzelnen		499
III. Die Vorschriften über die Protokollführung		502
4. Beschlußfassung und Wahlen	703	504
I. Die allgemeinen Grundlagen für Beschlußfassung und Wahlen		505
II. Der Geltungsbereich des Mehrheitsprinzips		507
III. Die Anfechtung des Mehrheitsbeschlusses		512
IV. Die besonderen Verhältnisse bei Holdinggesellschaften		512
5. Auflegung der Bilanz	704	514
I. Voraussetzungen		514
II. Das Ausmaß des Einsichtsrechtes		515
III. Das vorgesehene Verfahren		516
6. Abberufung der Verwaltung und der Kontrollstelle	705	517
I. Die formellen und materiellen Voraussetzungen für die Abberufung		517
II. Abberufung und Demission		518
III. Der Kreis der Art. 705 unterstellten Personen		519
IV. Der Vorbehalt von Entschädigungsansprüchen		520
7. Anfechtung der Generalversammlungsbeschlüsse	706	520
I. Bedeutung von Art. 706 OR		523
II. Nichtigkeit bei Generalversammlungsbeschlüssen		525
III. Relative Unwirksamkeit		528
IV. Anfechtbare Generalversammlungsbeschlüsse		530
V. Besondere Bestimmungen von Art. 706 Abs. 2 OR		533
VI. Die Anfechtungsklage		536
VII. Wirkung anfechtbarer Beschlüsse		542

	Art_	Seite
B. Die Verwaltung		
1. Wählbarkeit	707	543
I. Gesetzliche Erfordernisse für die Wählbarkeit		545
II. Statutarische Schranken für die Wählbarkeit		548
III. Aus allgemeinen Grundsätzen abgeleitete Schranken		549
IV. Vertretung juristischer Personen in der Verwaltung		554
2. Wahl	708	557
I. Rechtsverhältnis zwischen Gesellschaft und Verwaltungsratsmitglied		560
II. Die Wahl der Verwaltung		566
III. Gruppenvertretung gemäß Art. 708 Abs. 4 OR		571
IV. Schutz von Minderheiten gemäß Art. 708 Abs. 5 OR		575
3. Hinterlegung von Aktien		577
1. Verpflichtung	709	577
2. Wirkung	710	578
I. Hinterlegung von Pflichtaktien		579
II. Wirkung der Hinterlegung		582
III. Schwäche der gesetzlichen Regelungen bezüglich der Hinterlegung von Pflichtaktien durch die Mitglieder der Verwaltung	— — — —	584
4. Nationalität und Wohnsitz der Mitglieder der Verwaltung	711	585
I. Die Bedeutung von Art. 711 OR		586
II. Das Grundprinzip von Art. 711 OR		589
III. Die Vertretung der AG		589
IV. Die Sonderregelung für Holdinggesellschaften		590
V. Die Sanktionen gemäß Abs. 4		593
5. Verwaltungsrat		594
1. Bestellung und Ordnung im allgemeinen	— — — —	712
I. Stellung und allgemeine Bedeutung des Art. 712 OR		595
II. Die Zusammensetzung der Verwaltung		596
III. Die Organisation der Verwaltung		598
IV. Das Reglement der AG		603
2. Rechte der Mitglieder	713	610
I. Die Rechte der Mitglieder des Verwaltungsrates		611
II. Die Bedeutung von Art. 713 OR		612
III. Das Auskunftsrecht der Mitglieder der Verwaltung		612
IV. Das Einberufungsrecht der Mitglieder der Verwaltung	— — — —	617
3. Organisation	714	620
I. Die Organisation des Verwaltungsrates		621
II. Natur und Bedeutung von Art. 714 OR		622
III. Der Verwaltungsratspräsident		623
IV. Der Protokollführer		626
V. Die Verwaltungsratsausschüsse		626

	Art.	Seite
6. Protokollführung	715	629
I. Zweck der Protokollführung im Verwaltungsrat		629
II. Pflicht zur Protokollführung		630
III. Inhalt der Protokolle		631
IV. Form der Protokolle		631
V. Protokollführung in der Einmannverwaltung		632
7. Zirkulationsbeschlüsse	716	633
I. Die Willensbildung im Verwaltungsrat, insbesondere während der Verwaltungsratssitzung		634
II. Zirkulationsbeschlüsse		637
III. Unwirksame und ergebnislose Willensbildung		638
8. Geschäftsführung und Vertretung		641
1. Übertragung	717	641
I. Allgemeine Bedeutung des Art. 717 OR		642
II. Die Ausübung der Vertretung		644
III. Die statutarische Organisation des Verwaltungsrates, insbesondere die Delegation von Rechten an bestimmte Personen		645
IV. Die Verteilung von Kompetenzen innerhalb des Verwaltungsrates		646
V. Die Rechtsstellung der gemäß Art. 717 Abs. 1 und 2 bevollmächtigten Personen		649
2. Umfang und Beschränkung	718	652
I. Wesen, Umfang und Begründung der Vertretung		653
II. Die Zuständigkeit der Vertreter im Außenverhältnis		655
III. Die Beschränkung der Vertretung auf einzelne Niederlassungen und die Kollektivvertretung		656
IV. Die Haftung der Gesellschaft für unerlaubte Handlungen ihrer Organe gemäß Art. 718 Abs. 3 OR		658
3. Zeichnung	719	660
4. Eintragung	720	660
9. Aufgaben der Verwaltung im einzelnen		663
1. Befugnisse	721	663
I. Die Bedeutung des Art. 721 OR		664
II. Die Befugnisse nach Abs. 1		666
III. Die Befugnisse nach Abs. 2		669
IV. Die Ernennung von Prokuristen und anderen Bevollmächtigten durch die Verwaltung (Abs. 3)		672
2. Pflichten	722	673
a) Im allgemeinen		
I. Die allgemeinen Verwaltungspflichten, insbesondere der Grundsatz der sorgfältigen Geschäftsführung		674
II. Besondere Aufgaben der Verwaltung gemäß Art. 722 Abs. 2 und 3		678

	Art.	Seite
b) Bericht besonderer Sachverständiger	723	683
I. Die Bedeutung des Art. 723		684
II. Der Pflichtprüfung nach 723 OR unterstellte Gesellschaften		685
III. Die Prüfung durch unabhängige Pflichtprüfer		687
IV. Der Umfang der Prüfung		691
V. Die Berichterstattung gemäß Art. 723 Abs. 2 OR		691
c) Geschäftsbericht	724	693
I. Die Vorgeschichte des Art. 724		694
II. Der Zweck des Geschäftsberichtes		694
III. Der Geschäftsbericht als Publizitätsinstitut		695
IV. Form und Inhalt des Geschäftsberichtes		698
V. Die Bedeutung des Inhalts des Geschäftsberichtes für die Entlastung des Verwaltungsrates		701
d) Anzeigepflicht bei Kapitalverlusten und Überschuldung	725	702
I. Die zweifache Aufgabe des Art. 725		703
II. Die Pflicht zur Einberufung einer GV, wenn die Hälfte des Grundkapitals nicht mehr gedeckt ist		704
III. Die Anzeigepflicht bei Überschuldung		707
IV. Eröffnung des Konkurses und Konkursaufschub		710
10. Abberufung und Einstellung	726	717
I. Wesen und Zweck der Abberufung und Einstellung		718
II. Die Abberufung gemäß Art. 726 Abs. 1 OR		720
III. Die Einstellung gemäß Art. 726 Abs. 2 OR		724
IV. Die Demission		726
C. Die Kontrollstelle		
1. Wahl	727	727
I. Die Aktivlegitimation der Wahl		729
II. Die Voraussetzungen für die Wählbarkeit		729
III. Die Wirkungen der Wahl		735
IV. Die Organisation der Kontrollstelle		738
2. Aufgaben		739
1. Prüfungspflicht	728	739
I. Gegenstand des Art. 728 OR		741
II. Umfang der Prüfungspflicht		741
III. Das Einsichts- und Auskunftsrecht der Kontrollstelle		758
2. Berichterstattung	729	760
I. Gegenstand des Art. 729		761
II. Die Berichterstattung der Kontrollstelle		761
III. Pflicht zur Herausgabe des Berichtes		769
IV. Teilnahme der Kontrollstelle an der ordentlichen Generalversammlung		769

	Art.	Seite
3. Pflicht zur Verschwiegenheit	730	770
I. Verhältnis des Art. 730 zu Art. 697 und 704 OR		770
II. Die Schweigepflicht gegenüber den Aktionären		771
III. Die Schweigepflicht gegenüber Dritten		773
IV. Zivil- und strafrechtliche Sanktionen bei Verletzung der Schweigepflicht		774
3. Besondere Vorschriften	731	775
I. Gegenstand des Art. 731 OR		776
II. Die Erweiterung der gesetzlichen Mindestprüfungspflicht der Kontrollstelle		777
III. Die Ernennung von besonderen Kommissären und Sachverständigen		778

VIERTER ABSCHNITT

Herabsetzung des Grundkapitals (Art. 732—735)

A. Herabsetzungsbeschluß	732	780
I. Entstehungsgeschichte des Art. 732		783
II. Die wirtschaftliche Bedeutung der Herabsetzung des Grundkapitals		784
III. Die Kapitalherabsetzung und der Grundsatz der Erhaltung des Grundkapitals		785
IV. Die Kapitalherabsetzungsverfahren		786
V. Der Kapitalherabsetzungsbeschluß und die Statutenänderung		788
VI. Der Revisionsbericht		789
VII. Die Formen der Kapitalherabsetzung und die Auswirkung der Kapitalherabsetzung auf die Aktie und die Mitgliedschaftsrechte	— — — —	793
VIII. Die Erhaltung des Mindestkapitals		800
IX. Die Verwendung des Buchgewinnes		800
B. Aufforderung an die Gläubiger	733	801
I. Die allgemeinen Gläubigerschutzbestimmungen beim Kapitalherabsetzungsverfahren		802
II. Der besondere Gläubigerschutz bei der Auseinandersetzung zwischen der AG und ihren Gläubigern		804
C. Durchführung der Herabsetzung	734	812
I. Die Zusammenfassung der Verfahrensvorschriften für die Durchführung der Kapitalherabsetzung		812
II. Voraussetzungen für die Eintragung der Kapitalherabsetzung im Handelsregister		814
D. Herabsetzung im Falle einer Unterbilanz	735	816
I. Allgemeines		817
II. Wirtschaftliche Bedeutung der Kapitalherabsetzung mit Abschreibung		817
III. Anwendungsbereich des vereinfachten Kapitalherabsetzungsverfahrens		819
IV. Die Erleichterung beim einfachen Kapitalherabsetzungsverfahren		821
V. Die Herabsetzung des Nennwertes unter hundert Franken	— — — —	822

Auflösung der Aktiengesellschaft (Art. 736—751)

A. Auflösung im allgemeinen		
1. Gründe	736	824
I. Allgemeine Bemerkungen zur Auflösung		826
II. Die Auflösung nach Maßgabe der Statuten (Art. 736 Ziff. 1)		826
III. Die Auflösung durch einen Beschluß der Generalversammlung, über den eine öffentliche Urkunde zu errichten ist (Art. 736 Ziff. 2)		828
IV. Auflösung durch Eröffnung des Konkurses (Art. 736 Ziff. 3)		833
V. Die Auflösung durch Urteil des Richters, wenn Aktionäre, die zusammen mindestens den fünften Teil des Grundkapitals vertreten, aus wichtigen Gründen die Auflösung verlangen (Art. 736 Ziff. 4)		836
VI. Auflösung in den übrigen vom Gesetze vorgesehenen Fällen (Art. 736 Ziff. 5)		843
2. Anmeldung beim Handelsregister	737	843
I. Die Anmeldung der Auflösung und die endgültige Löschung der Gesellschaft		844
II. Die Anmeldepflicht		844
III. Folgen der Anmeldung		845
IV. Unfähigkeit der Verwaltung, die Auflösung anzumelden — — — —		845
V. Absichtliches Unterlassen der Anmeldung		845
VI. Anmeldepflicht für de facto aufgelöste Gesellschaften — — — —		846
3. Folgen	738	847